

Die Schneider über die Heereslieferungen.

Am Sonntag fand beim „Grünen Baum“ eine Versammlung der Schneider statt, die sich mit den Heereslieferungen und der Arbeitslosigkeit der Schneider und Schneiderinnen befaßte. Sie war zahlreich besucht. Den Vorsitz führten die

Genossen Polatschek und Mader. Genosse Lion referierte. Er führte aus:

Durch den Krieg wurde die Volkswirtschaft hart getroffen. Viele Industrien sind vollständig lahmgelegt. Alle Branchen, die nicht der Lebensmittelindustrie angehören oder für den Kriegsbedarf arbeiten, leiden unter einer furchtbaren Arbeitslosigkeit. Man ist froh, wenn man den Magen befriedigen kann, und so werden alle anderen Bedürfnisse zurückgestellt. Man kauft weniger Kleider, Möbel sowie Gegenstände des Komforts und gar keine Luxusgegenstände. So liegt auch die Schneiderei darnieder. Ein langer, trauriger Winter steht uns bevor, ohne Arbeit, ohne Verdienst. Da entsteht die bange Frage, was zu beginnen sei, um das Schlimmste zu verhüten.

Millionen Brüder stehen im Felde, sie brauchen Monturen und da bietet sich Arbeitsgelegenheit für viele. Unser Verband hat sich gleich zu Beginn des Krieges an die Heeresverwaltung mit dem Ersuchen um Zumeisung solcher Arbeiten gewendet. Doch die Heeresverwaltung ist durch einen Vertrag gebunden, die Lieferungen einem Konsortium von Tuchlieferanten zu überlassen, und so erhielten wir einen abschlägigen Bescheid. Dieses Konsortium zahlt nun die elendesten Löhne. Die Konfektionäre bekommen nach unseren Informationen vom Kriegsministerium:

Für einen Mantel (mit Futter) 8 Kronen 20 Heller
 „ eine Bluse 3 „ 30 „
 „ „ Hose 2 „ 50 „

Sie zahlen dem Arbeitnehmer aber bloß:

		Während des Krieges K r o n e n	In Friedens- zeit K r o n e n
In Wien:	für Mantel	3.75	2.80
	„ Bluse	1.80	1.38
	„ Hose	1.20	1.—
In Bräun:	„ Mantel	2.45	1.78
	„ Bluse	1.02	—76
	„ Hose	—75	—52
Während des Krieges K r o n e n			
In Proßnitz:	für Mantel	2.75	
	„ Bluse	—90	
	„ Hose	—60	
In Prag:	„ Mantel	3.30	
	„ Bluse	1.30	
	„ Hose	—90	

Sie zahlen also selbst in der Kriegszeit teilweise unter einem Drittel bis zur Hälfte von dem, was sie selbst bekommen. Das gibt einen riesigen Gewinn für die Lieferanten, während die Arbeiter nur einen lärglichen Verdienst erzielen. Daß die Lieferanten die angeführten hohen Preise bekommen müssen, geht schon daraus hervor, daß einzelne Firmen den Arbeitern 6 Kronen (Firma Rothberger in Wien) und 5 bis 6 Kronen (Kapar in Innsbruck) für einen Mantel bezahlen.

Um die Arbeiterchaft vor Ausbeutung zu bewahren, könnte die Kriegsverwaltung an die Vergebung der Lieferungen die Bedingung knüpfen, daß dem Arbeiter ein bestimmter Mindestlohn bezahlt werden muß, wie man das in Deutschland macht. So haben die Berliner Arbeitgeber eine Lieferung erhalten, wobei sie von dem Bekleidungsamt folgenden Herstellungspreis bekamen:

Markt

Für Rock 8.60
 „ Mantel 8.40
 „ Hose 3.80

Die Löhne, die dafür an die Arbeiter gezahlt werden müssen, sind vorgeschrieben; sie betragen:

Markt

Für Rock 6.45
 „ Mantel 6.30
 „ Hose 2.55

Also drei Viertel und mehr von dem, was der Arbeitgeber bekommt, muß er dem Arbeiter bezahlen. Für das eine Viertel des Lohnes muß der Arbeitgeber das Zugehör und die Werkstatt beistellen; auch dürfen die Arbeitgeber die Arbeiten nicht an Zwischenpersonen vergeben, sondern müssen sie von ihren eigenen Arbeitern und Arbeiterinnen herstellen lassen. In Leipzig müssen die Arbeitgeber achtzig Prozent des erhaltenen Lohnes dem Arbeiter bezahlen. Ähnlich ist es in allen deutschen Städten, wo Militärarbeiten gemacht werden.

Was in Deutschland möglich ist, muß auch in Oesterreich möglich sein, und wenn auch mit dem Konsortium ein Vertrag besteht, so wird das Kriegministerium doch so viel Macht haben, um die Arbeiter vor der ärgsten Ausbeutung zu schützen. Die Löhne werden vielfach durch Zwischenunternehmer noch mehr herabgedrückt. Ich kenne selbst Leute, die Militärwäsche übernehmen und die beispielsweise für das Einräumen eines Leintuches zwei Heller bezahlen. Für einen Heller verbraucht die Arbeiterin Zwirn, so daß ihr ein Heller für das Einräumen eines Leintuches bleibt. Auch das Gewerbeförderungsamt vergibt jetzt Arbeiten und auch wir könnten für unsere Arbeitslosen Lieferungen bekommen. Doch müßten wir den Stoff besorgen, was seine Schwierigkeiten hat. Nun haben wir den Anfang mit Leinenübermänteln gemacht, bei denen wir unsere Kolleginnen beschäftigen. Es möge überall bekanntgemacht werden, daß die Kolleginnen bei uns Arbeit bekommen. Wir sind imstande, 80 Heller für so einen Mantel zu zahlen, für den der Verband eine Krone bekommt, weil wir keinen Gewinn haben, sondern nur die Regiekosten decken wollen. Es wurden uns auch von einem Konfektionär Stoffmäntel angeboten, für die er 3 Kronen 70 Heller per Stück bietet. Das ist uns aber noch zu wenig.

Das eine muß jedoch gesagt werden, daß unsere Kollegen nicht warten dürfen, bis sie bei ihrer gewohnten Arbeit wieder Erwerb finden, sondern sie müssen bei der Militärarbeit zugreifen. Denn bald wird die Saison in der Zivilschneiderei wieder aus und dann wird es den ganzen langen Winter nichts mehr zu verdienen geben. Es heißt jetzt, jede Arbeit annehmen. Wenn sich eine größere Anzahl von Kollegen zur Übernahme von Arbeiten bereit erklärt, können wir auch solche übernehmen.

Der Referent beantragt folgende Resolution:

Die versammelten Schneider und Schneiderinnen verlangen von der Heeresverwaltung, daß die Erzeugung von Militärkleidern und Wäsche vom Staate aus monopolisiert werde, so daß die Militärkleider in Staatsbetrieben erzeugt werden. Nur dadurch können der Staat vor Schäden bewahrt und der Arbeiterchaft solche Löhne gesichert werden, die zur Führung eines halbwegs menschlichen Lebens notwendig sind.

Als Minimum dessen jedoch, was unbedingt sogleich zu geschehen hat, verlangt die Versammlung von der Heeresverwaltung, daß sie der Öffentlichkeit bekanntgebe, welche Preise sie den Lieferanten zahlt, und daß sie weiter festsetzt, welcher Lohn den Arbeitern von diesem Preise zu zahlen ist. Ferner verlangen wir, daß den Unternehmern keine Militärpersonen zur Verfügung gestellt werden, weil sie genug Arbeitskräfte erhalten, wenn sie anständig zahlen. Die Versammelten erklären sich zur Übernahme von Militärarbeit bereit, wenn halbwegs annehmbare Mindestlöhne bezahlt werden.

Die Resolution wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen.